

«Die Situation ist frustrierend»

Mitte-Kantonsrätin Franziska Steiner-Kaufmann muss als frischgebackene Mutter für zwei Sessionen aussetzen.

Noemi Heule

Sind Mutterschaft und Politikmandat kompatibel? Eine Frage, die wohl niemand mehr ernsthaft mit «Nein» beantwortet. Ob Kantonsratspräsidentin, Regierungsrätin oder Fraktionschefin: Im St. Galler Kantonsparlament sind Mütter im Vordergrund, in den hinteren Rängen, links und rechts der Sitzordnung vertreten. Und doch lautet die Antwort für Kantonsrätin Franziska Steiner-Kaufmann für den Moment ernsthaft: nein. Denn das Politikmandat ist nicht mit dem Mutterschaftsurlaub kompatibel.

«Kantonsrätin auf Besuchertribüne verbannt», titelt Die Junge Mitte in einer Medienmitteilung. Wenn die Ratsmitglieder am Montag zur letzten Session des Jahres zusammenfinden, muss die einzige Vertreterin der Jungpartei von der Seitenlinie aus zuschauen.

Entschädigung verfällt

«Die Situation ist frustrierend», sagt Franziska Steiner-Kaufmann, die Anfang Monat zum ersten Mal Mutter wurde. An ihre neue Rolle habe sie sich gut gewöhnt, so gut, dass sie sich und ihrer Tochter eine gemeinsame Teilnahme an der Session zugetraut hätte, an der mit Sparpaket und Steuersenkung gewichtige Traktanden anstehen. So hätte sie sich etwa eine Lösung mit einer Begleitperson vorstellen können, die ihr das Neugeborene zwischenzeitlich hätte abnehmen können.

Es bleibt bei der Formulierung im Konjunktiv. Steiner-Kaufmann wird definitiv nicht teilnehmen. Grund ist eine Formalität: Nach der aktuellen Rechtslage wird die Teilnahme am Ratsbetrieb nämlich so interpretiert, dass damit der Mutterschaftsurlaub abgebrochen wird. Steiner-Kaufmann würde ihren Anspruch auf Mutterschaftsentschädigung aus ihrem Hauptber-



In der Septembersession hochschwanger, im November vom Ratsbetrieb ausgeschlossen: Franziska Steiner-Kaufmann.

Bild: Benjamin Manser (St. Gallen, 21. September 2021)

werb – sie ist Schulleiterin in Uznach – verlieren.

In der Mitteilung der Jungen Mitte heisst es: «Als 2004 der Mutterschaftsurlaub eingeführt wurde, hat wohl niemand in der damals noch stark männlich geprägten Politik dran gedacht, dass es tatsächlich auch mal gewählte Politikerinnen geben wird, die Mütter werden.»

GLP-Nationalrätin geht vor Bundesgericht

Der Start in die Mutterschaft bedeutete für Steiner-Kaufmann denn auch eine Rechercheaufgabe. Sie ist schliesslich nicht die erste Mandatsträgerin, die während des Mutterschaftsurlaubs gezwungen ist, auch ihre politische Arbeit niederzulegen. Das Problem ist denn auch kein

st. gallisches, sondern besteht schweizweit auf allen politischen Ebenen, sofern das Entgelt für das Mandat die Bagatellgrenze von 2300 Franken pro Kalenderjahr überschreitet.

Dass tatsächlich der Abbruch der Mutterschaftsentschädigung droht, zeigt der Fall der Berner GLP-Nationalrätin Kathrin Bertschi, die 2019 während des Mutterschaftsurlaubs am Ratsgeschehen teilgenommen hatte. Sie bereitet aktuell den Gang vors Bundesgericht vor, um gegen die Kürzung der Gelder vorzugehen. Gleichzeitig sind in Bundesbern gleich drei Standesinitiativen hängig, die den unfreiwilligen Urlaub aus dem Politbetrieb abschaffen wollen. All dies nützt Steiner-Kaufmann für den Moment nichts. Solange

die Angelegenheit in Bern nicht geregelt ist, hoffte sie auf ein Schlupfloch, eine grosszügige Auslegung der Rechtslage, wie es beispielsweise der Thurgau kennt. Dort ist es offenbar möglich, ohne Entschädigung an den Sitzungen teilzunehmen, wie einer Regierungsantwort auf eine Motion zu entnehmen ist, welche die Elternschaft mit einem Kantonsratsmandat kompatibel machen will.

Ein Briefwechsel mit der Sozialversicherungsanstalt des Kantons St. Gallen (SVA), die wiederum mit dem Bundesamt für Sozialversicherung Rücksprache hielt, förderte für Franziska Steiner-Kaufmann allerdings eine abschlägige Antwort zu Tage: Auch wenn sie auf die Sitzungsgelder verzichtete, wür-

de dies als «Umgehung der gesetzlichen Anspruchsvoraussetzungen für die Mutterschaftsentschädigung» angesehen, heisst es technisch in einem persönlichen Schreiben der Ausgleichskasse.

St. Gallen kennt keine Stellvertreter

«Das Gesetz lässt keinen Spielraum zu», sagt auch Lukas Schmucki, Leiter der St. Galler Parlamentsdienste. Dies habe eine Umfrage unter den Kantonsparlamenten bestätigt. Zwar gebe es solche, die beide Augen zudrückten und etwa auf einen Eintrag in der Präsenzliste verzichteten; die Rechtslage sei allerdings unbestritten.

Die Umfrage ist Teil eines Postulatsberichts, der auf einen

Vorstoss von Laura Bucher (SP), Yvonne Suter (Die Mitte) und Susanne Vincenz-Stauffacher (FDP), damals alle noch Kantonsrätinnen, zurückgeht und 2019 mit geändertem Wortlaut gutgeheissen wurde. Der Bericht, der im kommenden Sommer erscheint, soll aufzeigen, wie die Parlamente von Bund und Kantonen die Vereinbarkeit von Beruf, Politik und Familie ihrer Ratsmitglieder fördern.

Die Absurdität aufzeigen

Der Sitz von Franziska Steiner-Kaufmann bleibt nun für zwei Sessionen unbesetzt, ein Stellvertreter-System, wie sie es in einer Interpellation vorschlägt, kennt das St. Galler Kantonsparlament nicht – im Gegensatz zu Genf, Jura, Neuenburg, Wallis und Graubünden.

«Es geht mir nicht um die persönliche Abwesenheit, sondern um die Ungleichbehandlung von Frau und Mann», sagt sie, «und um die staatspolitische Dimension.» Schliesslich seien Wählende nicht mehr repräsentiert und es fehle eine Stimme im Rat, was bei knappen Abstimmungsergebnissen ins Gewicht fallen könne. Vieles passiere zudem neben den Sitzungen, wo neue Geschäfte angestossen oder Absprachen getätigt würden. «Auch dieser wichtige Teil der parlamentarischen Arbeit, der letztlich auch überparteilich zu Lösungen führt, wird durch den politischen Zwangsurlaub erschwert.»

Den Grossteil der Geschäfte wird sie nun am Bildschirm mitverfolgen; nur die Budgetsitzung am Dienstag lässt sie sich nicht entgehen und wird im Besucherbereich Platz nehmen. Ein Still- und Ruhezimmer sei ihr in der Olma-Halle, wo das Parlament pandemiebedingt tagt, bereits zur Verfügung gestellt worden, als sie hochschwanger an der Septembersession teilnahm.

lü

Nur gut, gibt's den Steuerzahler

Bei garstigem Wetter fand in Appenzell die erste feministische Landsgemeinde statt. Gemäss Berichterstattung wurden bei den Abstimmungen über die acht Vorlagen «nicht die üblichen Degen und Bajonette hochgehalten, sondern Blumen». Nur: Weil es beim Hochstrecken der Degen und Bajonette immer wieder Tote und Verletzte gab, wird an der normalen Innerrhoder Landsgemeinde seit langem mit den Händen abgestimmt.

«Zukunftsprognosen sind immer schwierig.» Vergangenheitsprognosen dafür umso einfacher.

SVP-Nationalrat Albert Röstli ist hässig, dass Bund und Kantone

die sommerliche Pandemie-Verschonungspause nicht genutzt haben, um mehr Pflegepersonal auszubilden. Zum Beweis, dass das möglich gewesen wäre, lässt sich Röstli jetzt zum Intensivpfleger umschulen. Nebenberuflich und innert drei bis vier Monaten. Bei so viel Kompetenz müsste das spielend reichen.

Weil er statt einer Hirschkuh einen Stier geschossen und danach erst noch gelogen hatte, sollte ein Jäger aus dem Oberland 8000 Franken Busse zahlen. Damit wäre er nebst aller anderen Unbill auch noch vorbestraft gewesen. Die Anklage kam damit aber nicht durch – vor Gericht verblieben 800 Franken Busse sowie ein

Fünftel der Anwalts- und Gerichtskosten. Den Grossteil, rund 10 000 Franken, übernimmt der Steuerzahler. Gefragt wurde er allerdings nicht.

Apropos Steuerzahler: Auch die Kantonsratssession von kommander Woche findet im Olma-Areal statt. Weil sich einzelne Kantonsräte der Zertifikatspflicht widersetzen, kommt der übliche Sitzungssaal in der Pfalz nicht in Frage. Der Verbleib in der Olma kostet über 200 000 Franken. Dreimal darf man raten, wer wieder nicht gefragt wurde.

50 Millionen Franken soll die Sanierung und Renovation der Schweizergarde-Kaserne im Vatikan kosten. Um Beiträge

angefragt wurden auch die Kantone. Drei haben gemäss Zwischenstand definitiv abgelehnt: Zürich, Bern und Auserroden. Katholisch sind sie eben schon lange nicht mehr.

Ab übermorgen tagt das St. Galler Kantonsparlament. Allerdings ohne Franziska Steiner-Kaufmann. Die Vertreterin der Jungen Mitte ist unlängst Mutter geworden und hat jetzt andere Sorgen. Falsch gedacht. Franziska Steiner-Kaufmann würde nur zu gern an der Session teilnehmen – aber sie darf nicht. Weil sie gemäss Sozialversicherungsanstalt sonst ihren Anspruch auf Mutterschaftsentschädigung verliert. Würde die junge Frau im Thurgau politisieren, wäre das kein

Problem. Aber im St. Gallischen ist Mutterschaft eben immer noch eine Krankheit.

Die Innerrhoder Standeskommission hat entschieden, die Fischereibewirtschaftung des Fählensees einzustellen. Weil der See von Natur aus eine hohe Phosphorbelastung aufweist, ist eine natürliche Fortpflanzung von Fischen nicht möglich – was die Fischer herausholen, müsste vorher eingeflogen und ausgesetzt werden. Ganz aufgeben will man den See aber nicht. Die Standeskommission prüft, ob aus dem Seewasser Zündhölzchen hergestellt werden können, die dann gratis an Lindauerli-Raucher und Touristen abgegeben würden.

Der St. Galler Stadtrat schlägt zu. Die oberirdischen Parkplätze in der Innenstadt kosten ab Anfang 2022 auch in der Nacht und am Sonntag. Wer sein Auto nachts oder sonntags im Zentrum abstellt, zahlt 1.50 Franken pro Stunde. Wer als Fussgänger auf einem Parkplatz stehen bleibt, zahlt einen Franken. Pro Minute.



Silvan Lühinger
ostschweiz@tagblatt.ch